

*„Wer Baerbock will; bekommt Dietmar Bartsch.“*  
(Alexander Dobrindt)

## **EINE HANDVOLL FAKTEN GEGEN GRÜN/ROT/ROT**

*"Das eigenartige an Sozialisten ist doch, dass sie ihre Lehren aus der Vergangenheit ziehen,  
in der Gegenwart versagen und für die Zukunft goldene Berge versprechen."*  
(F. J. Strauß)

# VERMÖGENSTEUER

„Die Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument.“

Bündnis 90/Die Grünen

Vermögenssteuer einführen,  
Erbchaftsteuer erhöhen,  
Privilegien für Betriebsvermögen abschaffen.

DIE LINKE

„Wer sehr viel Vermögen hat, muss einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.“

SPD

# EINKOMMENSTEUER

Erhöhen des Grundfreibetrages, neue Stufe mit Steuersatz 45%, Spitzensteuersatz 48%, Umwandlung der Kapitalertragssteuer in eine progressive Form.

Bündnis 90/Die Grünen

Erhöhen des Spitzensteuersatzes ab 70.000 € p.a. auf 53 %.

DIE LINKE

Stärkere Besteuerung der „oberen 5%“.

SPD

# WOHNUNGSBAU

„Wenn ... große Wohnungsnot herrscht, kann sich daraus eine Pflicht für Eigentümer\*innen ergeben, Grundstücke zu bebauen, statt auf höhere Preise zu spekulieren.“

Bündnis 90/Die Grünen

„Enteignung ist legitim ... wenn sie dem Gemeinwohl dient.“

DIE LINKE

Kommunale Wohnbauflächen nicht veräußern, Flächen zurück-erwerben, Wohnungsbau auf öffentlichem Bauland nur mit Erbpacht; Steuerfreiheit für Ver-äußerungsgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke abschaffen.

SPD

# ARBEITSENTGELT

Einführen eines  
'Entgeltgleichheitsgesetzes',  
das auch für kleine  
Betriebe gelten soll.

Bündnis 90/Die Grünen

Einführen des Klagerechts für  
Gewerkschaften, um gleiche  
Arbeitsentgelte durchzusetzen.

DIE LINKE

Schaffen eines Verbands-  
klagerechts, um festgestellte  
Ungleichheit bei der Bezahlung  
- unabhängig von den  
Betroffenen - vor Gericht  
bringen zu können.

SPD

# ARBEITSZEIT

Verkürzung der Arbeitszeit  
und Umgestalten der Vollzeit  
zu einer Wahlarbeitszeit.

Bündnis 90/Die Grünen

Recht auf vorübergehende  
Arbeitszeitverkürzung für  
alle Beschäftigten; auch  
zur Weiterbildung.

DIE LINKE

Verbot der Verlängerung  
der täglichen Arbeitszeit und  
Einführen eines Klagerechts  
der Gewerkschaften.

SPD

# LEIHARBEIT

„Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler\*innen und Rentner\*innen, wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen.“

Bündnis 90/Die Grünen

„Wir wollen Leiharbeit verbieten und Mini- und Midijobs abschaffen.“

DIE LINKE

„Unser Ziel ist, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen.“

SPD

# HOMEOFFICE

Recht auf Homeoffice + gleichzeitiges Recht auf eigenen Arbeitsplatz im Unternehmen.

Bündnis 90/Die Grünen

Recht auf Homeoffice und Recht auf Auszeiten.

DIE LINKE

Rechtsanspruch auf mobile Arbeit.

SPD

# PLATTFORMARBEIT

Beweispflicht des Auftraggebers zum Arbeitnehmerstatus des Auftragnehmers. Festgesetzte Honorar-Untergrenzen.

Bündnis 90/Die Grünen

Volle Arbeits- und Mitbestimmungsrechte, kompletter Sozialversicherungsschutz. Auftraggeber stellt die Arbeitsgeräte; Mindesthonorare für bildende Künstler.

DIE LINKE

Über Plattformen Beschäftigte dürfen sich zusammenschließen und gemeinsam verhandeln.

SPD

# BEFRISTUNG

Abschaffen  
sachgrundloser Befristung.

Bündnis 90/Die Grünen

Abschaffen  
sachgrundloser Befristung.

DIE LINKE

Abschaffen  
sachgrundloser Befristung.

SPD

# AUFTRAGSVERGABE

Öffentliche Aufträge nur an Unternehmen, die tarifgebunden sind oder Tarif zahlen.

Bündnis 90/Die Grünen

Vergabe nur nach Prüfung der Tariftreue des Bewerbers.

DIE LINKE

Öffentliche Aufträge nur an Unternehmen, die Tarif zahlen.

SPD

# MITBESTIMMUNG

Zusätzliche Mitbestimmung,  
u.a. bei Personalentwicklung,  
Stärkung von Frauen  
und Klimabilanz.

Bündnis 90/Die Grünen

Zusätzliche Mitbestimmung  
u.a. bei wirtschaftlichen Fragen  
wie Betriebs- und Standort-  
änderungen, Umweltschutz,  
Arbeitsverträgen.

DIE LINKE

Zusätzliche Mitbestimmung  
u.a. bei Betriebsänderungen,  
Arbeitsverträgen, Technologie-  
entscheidungen, KI und  
Weiterbildung.

SPD

# BÜRGERVERSICHERUNG

Solidarische Bürgerversicherung unter Einbeziehung aller Einkommensarten.

Bündnis 90/Die Grünen

Solidarische Erwerbstätigenversicherung auch für Freiberufler, Selbständige, Beamte, Manager und Politiker.

DIE LINKE

Solidarische Bürgerversicherung, um eine medizinische Versorgung für alle zu schaffen.

SPD

# TEMPOLIMIT

„Für die Autobahnen wollen wir ein Sicherheitstempo von 130 Stundenkilometern.“

Bündnis 90/Die Grünen

„...wir (brauchen) endlich auch Tempolimits: 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts.“

DIE LINKE

„Wir werden ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen.“

SPD

# RENTE

Renteneintrittsalter ab 67.

Bündnis 90/Die Grünen

Senken des  
Renteneintrittsalters.

DIE LINKE

Pflicht zur Altersvorsorge;  
Ablehnung einer Anhebung  
des Renteneintrittsalters.

SPD

# WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

„Wir wollen ...  
das CETA-Abkommen in  
seiner derzeitigen Fassung  
nicht ratifizieren, sondern es  
bei der Anwendung der ...  
geltenden Teile belassen.“

Bündnis 90/Die Grünen

„...das Abkommen mit  
Kanada (CETA) und mit  
südamerikanischen Staaten  
(MERCOSUR) lehnen wir ab.“

DIE LINKE

„Einem Abkommen  
ohne Stärkung der  
Umwelt-, Menschenrechts-  
und Sozialstandards durch  
... Überprüfungs-, Umsetzungs-  
und Durchsetzungsmechanis-  
men, werden wir ... nicht  
zustimmen.“

SPD

# MIGRATION

Asylbewerberleistungsgesetz, Arbeitsverbot, pauschale Wohnsitzauflage abschaffen; ‚Aushöhlungen des Asylrechts‘ zurücknehmen; Ausrufen „sicherer“ Herkunfts- oder Drittstaaten ablehnen.

Bündnis 90/Die Grünen

Einwanderung ermöglichen. Abschiebungen stoppen und Bleiberecht ausbauen, Seenotrettung sicherstellen.

DIE LINKE

Reform des Dublin-Systems mit solidarischem Verteilungsmechanismus; Recht auf Asyl; Seenotrettung soll staatlich durch die EU gewährleistet werden; legale Migrationswege schaffen; Impfkontingent der EU für Geflüchtete.

SPD

# NATO-BÜNDNIS

„Das willkürliche NATO-2-Prozent-Ziel, das vor fast 20 Jahren verabschiedet wurde, (...) lehnen wir ab.“

Bündnis 90/Die Grünen

„Wir fordern die Auflösung der NATO... (und) dass Deutschland aus den militärischen Strukturen (der NATO) austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird.“

DIE LINKE

„SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich will im Bundestagswahlkampf für eine Abkehr vom Zwei-Prozent-Ziel der Nato werben.“

SPD

# Quellenangaben

Auf den 18 Charts wird aus den drei Parteiprogrammentwürfen zitiert, die auf den angegebenen Websites der Parteien als PDF-Dokumente einsehbar waren. Wörtlich geschah das nur dort, wo die formatbedingte Verkürzung der Charts es zuließ bzw. die Brisanz der Aussage es nötig machte.

Diese drei Quellen werden in Folge nur noch mit A, B und C sowie der jeweiligen Seite angegeben:

- A Bündnis 90/Die Grünen „Deutschland. Alles drin. Programmwurf zur Bundestagswahl 2021“.
- B DIE LINKE „Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!“ Leitantrag zum Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021. Vorabveröffentlichung vom 13.4.2021, 122 Seiten; <https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogrammdebatte-2021/wahlprogrammwurf-2021/>
- C SPD „Aus Respekt vor Deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD“ nach [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/20210301\\_SPD\\_Zukunftsprogramm.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/20210301_SPD_Zukunftsprogramm.pdf)

Die Ausarbeitung erfolgte unter Verwendung der eigenen Analyse dieser Parteiprogramme sowie von Intentionen aus Skizzen der CSU, CDU und des BDI. Bei aus diesen Unterlagen verwendeten Informationen ist aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht jeder Gedanke als Zitat gekennzeichnet. Um die Übersichtlichkeit nicht einzuschränken, werden die Quellen nur im folgenden Teil den jeweiligen Charts zugeordnet, ohne, dass das in den Charts selbst direkt erwähnt ist. Insofern gehört dieser letzte Teil zwingend zum Dokument, da aus ihm jederzeit möglich ist, die jeweilige Quelle auszuwählen und aufzufinden, um korrekt zitieren zu können.

Belege zu den einzelnen Charts:

## Deckblatt:

**Erstes Zitat:** Alexander Dobrindt in: „DER SPIEGEL“ Nr. 19/8.5.2021, S.38  
**Zweites Zitat:** Franz Josef Strauß in: „Quick“ vom 23.12.1975

## „Vermögenssteuer“

Grün A: Seite 49  
Links-Rot B: vgl. Seiten 8, 67, 81, 114  
SPD-Rot C: Seite 23

## „Einkommensteuer“

Grün A: vgl. Seite 48  
Links-Rot B: vgl. Seiten 67 und 68  
SPD-Rot C: vgl. Seite 22

## „Wohnungsbau“

Grün A: Seite 69  
Links-Rot B: Janine Wissler, Parteivorsitzende und Spitzenkandidatin DIE LINKE in: „DER SPIEGEL“ Nr. 20 v. 15. Mai 2021, S. 34-35  
SPD-Rot C: vgl. Seite 37

## „Arbeitsentgelt“

Grün A: vgl. Seite 56  
Links-Rot B: vgl. Seite 81  
SPD-Rot C: vgl. Seite 29

## „Arbeitszeit“

Grün A: vgl. Seite 58  
Links-Rot B: vgl. Seiten 7, 9, 13  
SPD-Rot C: vgl. Seite 28

## „Leiharbeit“

Grün A: Seite 56  
Links-Rot B: Seite 7  
SPD-Rot C: Seite 28

## „Homeoffice“

Grün A: vgl. Seite 57  
Links-Rot B: vgl. Seite 13  
SPD-Rot C: vgl. Seite 29

## „Plattformarbeit“

Grün A: vgl. Seite 58  
Links-Rot B: vgl. Seiten 16, 72  
SPD-Rot C: vgl. Seite 29

## „Befristung“

Grün A: vgl. Seite 56  
Links-Rot B: vgl. Seiten 7 und 81  
SPD-Rot C: vgl. Seite 27

## „Auftragsvergabe“

Grün A: vgl. Seite 58  
Links-Rot B: vgl. Seiten 9, 64, 87  
SPD-Rot C: vgl. Seite 27

## „Mitbestimmung“

Grün A: vgl. Seite 57  
Links-Rot B: vgl. Seiten 11, 13, 14, 16  
SPD-Rot C: vgl. Seite 28

## „Bürgerversicherung“

Grün A: vgl. Seiten 66 und 68  
Links-Rot B: vgl. Seite 17  
SPD-Rot C: vgl. Seite 36

## „Tempolimit“

Grün A: Seite 20  
Links-Rot B: Seite 50  
SPD-Rot C: Seite 12

## „Rente“

Grün A: vgl. Seite 62  
Links-Rot B: vgl. Seite 8  
SPD-Rot C: vgl. Seiten 30 und 35

## „Wirtschaftsbeziehungen“

Grün A: Seite 115  
Links-Rot B: Seite 95  
SPD-Rot C: Seite 56

## „Migration“

Grün A: vgl. Seiten 98 und 99  
Links-Rot B: vgl. Seiten 10 und 105  
SPD-Rot C: vgl. Seite 58

## „NATO-Bündnis“

Grün A: Seite 134  
Links-Rot B: Seite 92; vgl. weiter Seiten 9, 89, 90, 103  
SPD-Rot C: in: FAZ.NET am 28.04.2021: „Mützenich fordert Abkehr vom Zwei-Prozent-Ziel der Nato... Im Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Mittwochsausgabe) stellte sich Mützenich hinter die Grünen-Spitzenkandidatin Annalena Baerbock...“